

Forum

Hat der Dritte Weltkrieg begonnen?

Eine Einschätzung der geostrategischen Lage



THEODOR H. WINKLER

In meinem Buch «Zeitenwende – Russlands und Chinas Griff nach der Weltmacht»¹ bezeichne ich als grösste Herausforderung für den Westen zum einen, einen nuklearen Weltkrieg zu vermeiden, zum anderen, in einer Welt voller Kriege bestehen zu können. Diese Lageeinschätzung bestätigt sich. Die Gefahr einer Eskalation des Kampfes um die Ukraine zu einem Nuklearkrieg, anfangs von Putin offen angedroht, mag in jüngster Zeit stetig abgenommen haben – trotz der anhaltenden Forderung der Kreml-Hardliner nach dem Einsatz von Atomwaffen. Sie kann wieder akuter werden im Gefolge von Machtkämpfen in Moskau nach dem Tod oder dem Sturz Putins. Auch scheint Putin es gegenwärtig

nicht auf eine territoriale Ausdehnung der Operationen auf Moldawien, das Baltikum oder Polen abgesehen zu haben. Er verfügt in diesem Krieg nicht über die Eskalationsdominanz. Die Gefahr eines Weltkrieges, also eines bewaffneten Konflikts zwischen den Supermächten unter Einsatz aller Kräfte (auch Kernwaffen), geht heute vor allem von drei anderen Szenarien aus: Einem Versuch Israels, einen Entwaffnungsschlag gegen das iranische Nuklearprogramm zu führen, eine Invasion Taiwans durch China, und einen unbedachten Zug des geistig nicht wirklich auf dem Boden der Realität stehenden exzentrischen Diktators von Nordkorea.



ALT-BOTSCHAFTER DR. THEODOR H. WINKLER gilt als sicherheitspolitischer Vordenker der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung). Er ist einer der Architekten der modernen Schweizer Sicherheitspolitik, geistiger Vater der Genfer Zentren des Bundes für Sicherheitspolitik (GCSP), humanitäre Minenräumung (GICHD) und gute Regierungsführung im Sicherheitsbereich (DCAF) sowie der grosszügigen «Maison de la Paix» im Herzen des internationalen Genfs. Er leitete DCAF von 2000–2016 und machte das Zentrum zu einer der ersten Adressen der Welt. Sein jüngstes Buch, «Zeitenwende – Russland und Chinas Griff nach der Weltmacht» (ISBN 978-3-643-80339-9) ist soeben erschienen und stellt den fundamentalen Wandel in unserem strategischen Umfeld und dessen Konsequenzen für unser Land, seine Aussenpolitik, die Neutralität und unsere Armee dar. E-Mail: thewinklers@bluewin.ch

Der Krieg in der Ukraine

Die geopolitische Lage hat sich seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine stetig verschlechtert; sie hat sich aus Sicht der freien Welt eindeutig nicht zum Guten gewandelt. Putin hat seine Kriegsziele verfehlt. Statt einen neuen Machtanspruch anmelden zu können, sieht sich Russland in einen äusserst blutigen Abnutzungskrieg verwickelt, den es sich in jeder Beziehung nicht leisten kann. Die Weigerung Putins, im Konflikt mit der Ukraine seine Niederlage einzugestehen und seine Bereitschaft, einen scheinbar unbegrenzten Blutzoll zu entrichten, ist irrational und erschreckend. Putin wirft immer neue Truppen und weiteres Material in die Schlacht, stellt die russische Wirtschaft auf Kriegswirtschaft um und verschärft die Repression im Innern. Dieses sture Ausharren bringt die Ukraine langsam, aber sicher in Bedrängnis. Zahlenmässig und bezüglich Massen von Kriegsmaterial ist Moskau Kiew weit überlegen. Die westlichen Waffensysteme, die die NATO (vor allem die USA, Grossbritannien, Deutschland und Polen) an die Ukraine abgeben, sind zwar in der Regel den russischen überlegen, doch der Westen zögert (zu) lange, bis er wichtiges Material liefert. Die NATO hofft immer noch, dass sie den Konflikt begrenzen kann und dass Putin die Sache zu kostspielig wird. Sie will ihn zur Aufgabe bewegen, wenn nötig zwingen, aber nicht provozieren. Die NATO hoffte inbrünstig, dass es Kiew gelingen würde, die russischen Linien mit ihrer Frühlingsoffensive (die zur Sommeroffensive wurde, weil die Ukraine mehr Zeit benötigte, die notwendigen Mengen an Material bereitzustellen) zu durchbrechen, zum Asowschen Meer vorzustossen und so die russische Invasionsarmee in zwei Teile aufzuspalten – was, so hoffte man, zum Kollaps der russischen Armee führen würde. Der Plan schlug fehl. Er blieb in den gewaltigen Minenfeldern stecken, welche die russischen Truppen (denen die Verzögerung der ukrainischen Offensive Zeit gab, sich einzugraben und praktisch undurchdringliche Feldbefestigungen zu bauen) auf einer Länge von über 800 Kilometern und einer Tiefe von bis zu 40 Kilometern entlang der gesamten ukrainischen Grenze zu Russland ausgelegt hatten. Die gepanzerten ukrainischen Angriffsspitzen blieben in den Minenfeldern stecken. Ihre Verluste waren im Bombenhagel der russischen Luftwaffe und unter dem Dauerbeschuss der russischen Artillerie schwer –

«Die NATO hofft immer noch, dass sie den Konflikt begrenzen kann und dass Putin die Sache zu kostspielig wird.»

an Material und Menschen. Gegen die russischen Stellungen musste schliesslich mit Infanterie vorgegangen werden, die russische Stellungen infiltrierte, nur langsam vorankam und wie die russischen Verteidiger schwerste Verluste erlitt. Es gelang der Ukraine bislang nirgends, den Verteidigungsring der Russen ganz zu durchbrechen. Heroische Waffentaten und spektakuläre Erfolge der Ukrainer (wie die weitgehende Vertreibung der Schwarzmeerflotte aus dem westlichen Schwarzen Meer oder die Zerstörung von wichtigen militärischen Einrichtungen in der Tiefe des russischen Raumes) konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Krieg mit einem russischen Sieg zu enden droht, wenn er nur lange genug dauert und zu einem reinen Abnutzungskrieg degeneriert. Gleichzeitig nahmen an der Ostfront die Russen ihren eigenen Angriffskrieg wieder auf. Bei Awdijika suchten sie eine erneute Abnutzungsschlacht, die täglich Hunderte von Toten und grosse Verluste an Material auf beiden Seiten kostet. Statt in einem Bewegungskrieg die russischen Truppen auszuhebeln, sehen sich die Ukrainer einem Stellungskrieg gegenüber, der an den Ersten Weltkrieg (insbesondere Verdun) erinnert.

Der Westen hatte auf einen militärischen Erfolg der ukrainischen Sommeroffensive gehofft. Jetzt, da dies unwahrscheinlicher geworden ist und ein neuer Kriegswinter und möglicherweise ein langer Abnutzungskrieg droht, bröckelt die Unterstützung für Kiew. Zahlreiche NATO-Staaten haben die Waffen und die Munition, die sie an die Ukraine lieferten, den Beständen ihrer eigenen Streitkräfte entnommen. Diese verlieren daher an Abwehrkraft (Deutschland hat Munitionsreserven, die gerade noch für ein bis zwei Tage ausreichen sollen). Die Rüstungsproduktion hochzufahren, ist nötig, braucht aber Zeit. Obwohl auch die EU in letzter Zeit Signale aussendet, sich in diesem Bereich engagieren zu wollen, ist nach wie vor kein wirklicher Wille zu erkennen, die europäische Industrie auf Kriegswirtschaft umstellen zu wollen. Es fehlt die Entschlossenheit und wohl auch die öffentliche Unterstützung. Allzu stark hat sich die Erfahrung der Détente (gerade in Deutschland) in das öffentliche Bewusstsein eingegraben. Die Versuchung, die Ukraine zu Verhandlungen zu bewegen, wächst unter der Oberfläche.

Verheerend ist, einmal mehr, Donald Trump, der die republikanische Partei nach wie vor inhaltlich, politisch und personell absolut dominiert. Er hat die Republikaner dazu verleitet, von der anfänglichen Unterstützung Kiews abzurücken. Der Wahlkampf wirft seine Schatten voraus. Biden soll nicht als erfolgreicher Feldherr punkten. Trump, der von sich behauptete, als Präsident den Krieg binnen 24 Stunden beenden zu können, hat mit Mike Johnson (nach einigen Turbulenzen) einen neuen «Speaker of the House» installiert, der keinerlei Kompromissbereitschaft in der Frage zeigen und dafür auch den Kongress blockieren wird. Damit ist unklar, ob die USA, der wichtigste Alliierte Kiews, der Ukraine weitere militärische und finanzielle Unterstützung zukommen lassen können. Europa müsste in die Lücke springen. Ob es hierzu fähig und willens ist, ist eine ganz andere Frage. Deutschland hat sich zu einem Staat gewandelt, der im Papierkrieg und in Bürokratie erstickt. Die Fähigkeit, von der Spitze aus zu führen, die beispielsweise Helmut Kohl in der Frage der deutschen Wiedervereinigung bewies, ist verloren gegangen. Das schnelle Handeln beherrscht in Berlin niemand mehr. Das Führungsduo Deutschland und Frankreich hat schon lange nicht mehr geführt. Und Grossbritannien leckt immer noch seine Wunden nach dem unsäglichen Brexit. Es hat den Weg, wie es mit der EU zusammenarbeiten will, noch immer nicht gefunden. Dass Polen kurz vor den Wahlen beschloss, seine militärische Unterstützung Kiews aus innenpolitischen Gründen (man wollte die Stimmen der Bauern nicht verlieren) einzustellen, muss auch zu denken geben – ebenso die Haltung Ungarns und der Slowakei.

Geopolitische Lage

Im Herbst 2023 sieht die geopolitische Lage für den Westen nicht vorteilhaft aus. Die USA, von Präsident Biden anfänglich wirkungsvoll stabilisiert, gleiten wieder ins Ungewisse ab. In den ersten Umfragen führt Trump vor Biden in der Wählergunst für die kommenden Präsidentschaftswahlen. Europa ist zerstritten. Der «Globale Süden», der von China mit Infrastrukturprojekten geködert wird und der sich einer wachsenden russischen Militärpräsenz gegenüber sieht, sucht sich vom Westen zu emanzipieren. Chinas neue «Seidenstrasse» wird zwar auch immer öfter als neokoloniales Konstrukt durchschaut, die Anziehungskraft des wirtschaftlich immer stärker werdenden China bleibt jedoch stark.

In dieser Situation versucht Russland (und weniger aufdringlich wohl auch China), den Druck auf die USA bewusst zu verstärken und sie zu überdehnen. Sie schüren gezielt die Unruhe auf dem Balkan, wo erneut immer wieder Schüsse fallen. Aserbeidschan wurde ermutigt, Nagorno-Karabach zu erobern. Gleichzeitig liess Russland Armenien fallen und wechselte in das Lager Aserbeidschans. Die Position der Armenier wurde völlig aus den Angeln gehoben. Ein weiterer Nachfolgestaat der UdSSR sieht sich Putin weitgehend schutzlos gegenüber. Die USA wurden um Unterstützung und dringende Waffenhilfe gebeten. Nordkorea wurde vom Exoten zum militärischen Partner des Kremls und zum wichtigen Waffenlieferanten Russlands. Es ist zu befürchten, dass es im Gegenzug von Putin modernste Waffentechnologie erhält. Der repressive Staat, ein Gefängnis für seine unterernährte Bevölkerung, unterstreicht mit Dutzenden von Raketentests seine Fähigkeit, Nordostasien in einen Nuklearkrieg zu stürzen. In Afrika baut Moskau seine Stellung (vor allem mittels der Wagner-Gruppe) weiter aus. Das Scheitern des westlichen, primär von Frankreich getragenen Ansatzes in Westafrika, macht die Sache noch schlimmer. Dieses Proben nach amerikanischen Schwachstellen nahm mit dem brutalen Überraschungsangriff der Hamas auf Israel eine völlig neue Dimension an. Noch nie waren so viele israelische Zivilisten mit solcher absichtlichen Brutalität ermordet, vergewaltigt und entführt worden. Babys wurde der Kopf abgeschlagen. Nackte israelische Frauen durch die Strassen Gazas getrieben. Es war Horror pur. Die USA sind als engste Verbündete des jüdischen Staates zu beinahe bedingungsloser Hilfestellung gezwungen. Die Hamas hat Brutalität und Grausamkeit zum bewussten Teil ihrer Politik erhoben.

Israels gnadenlose Reaktion auf den Hamas-Angriff, die auf die völlige Vernichtung der Hamas abzielt und dazu nicht vor Opfern in der Zivilbevölkerung und einer humanitären Katastrophe im Gazastreifen zurückschreckt, kostet die USA in der arabischen Welt viel Sympathien. Israel hat sich schon vor Jahren für Land (und nicht für Frieden) entschieden. Es erntet jetzt die Früchte dieser Politik. Netanjahu, mit einem Bein wegen Korruption im Gefängnis, ist zudem immer stärker von rechten und ultra-orthodoxen Parteien abhängig, die die Grenzen gemäss dem Alten Testament ziehen. Präsident Biden kann nicht auf die jüdischen Stimmen in der nächsten Präsidentschaftswahl verzichten. Aussen-

minister Blinken versucht das beinahe Unmögliche, alle zur Vernunft zu bringen und eine weitere Eskalation zu verhindern.

Der Krieg kann dessen ungeachtet jederzeit zu einer Konfrontation zwischen Israel und dem Iran, der von diesem kontrollierten Hisbollah und anderen schiitischen Milizen eskalieren. Die Gewichte haben sich aber auch hier verschoben. Noch im letzten Jahr war ein israelischer Luftangriff auf das iranische Atomprogramm (mit Hilfe der Saudis und der USA) eine reale Möglichkeit. Doch die Annäherung von Riad und Teheran, die unbeugsame Entschlossenheit der Revolutionsgarden und der Ayatollahs mit rücksichtsloser Härte an der Macht festzuhalten und schliesslich das immer mehr einem Bündnis gleichende militärische Verhältnis zu Moskau, machen eine solche Konfrontation zu einem für Israel gefährlicheren Vorschlag. Ein nuklear bewaffneter Iran bleibt aber für Israel keine Option. Für die USA ist ein Nuklearangriff auf Israel ebenfalls eine Katastrophe, die dem Holocaust gleichkäme. Die Dilemmata sind offensichtlich. Der «Iron Dome» dürfte nicht ausreichen, die israelischen Städte vor dem dichten Hagel iranischer Raketen zu schützen. Ein Ausschalten des iranischen Nuklearprogrammes, was bis vor kurzem noch wie ein militärischer Handstreich aussah, wird bald zu einer für Israel ungleich gefährlicheren Option. Im «Globalen Süden» haben die autoritären Staaten ihre Fähigkeit, den Westen vor Probleme zu stellen, noch in keiner Weise ausgeschöpft.

Gleichzeitig erhöht China seinen Druck auf Taiwan. Schon ab 2025/2027 droht Beijing über die für eine Invasion nötigen militärischen Mittel zu verfügen. Nur die USA können den Inselstaat vor dem Untergang bewahren. Ihrer Entscheidung, ob sie einem von China angegriffenen Taiwan zu Hilfe eilen oder nicht, kommt zentrale Bedeutung zu. Tun sie es, so wird das kein einfaches Unterfangen werden. Massive Angriffe auf die US-Stützpunkte, Flottenverbände und Luftbasen in der Region wären zu gewärtigen. Die taiwanesischen Streitkräfte sind motiviert, verfügen aber vor allen über Waffen aus den 1960er- und 1970er-Jahren. Sie sind denen Chinas nicht gewachsen. Tun sie es nicht, so ist es um die Glaubwürdigkeit amerikanischer Bündnisse (und damit den Anspruch der USA, erste Weltmacht zu bleiben) geschehen.

Herausgeforderte USA

Diese diversen militärischen Entwicklungen des vergangenen Jahres hatten ihre jeweils eigenen Ursprünge und Logik. Sie haben aber eine gemeinsame Auswirkung: Die USA werden gefordert, an allen Fronten ihren Verbündeten zu Hilfe zu eilen. Zwei Flugzeugträger wurden ins östliche Mittelmeer entsandt, einer nach Südkorea, B-52 nach Nordaustralien. Die Ukraine, Israel, Armenien und Taiwan verlangen dringend nach amerikanischen Waffen. Seit Clinton hatten die US-Streitkräfte die Vorgabe, anderthalb Kriege gleichzeitig führen zu können: einen grossen Krieg gegen Russland und einen kleineren Konflikt irgendwo im «Globalen Süden». Nun drohten plötzlich ein grosser Krieg mit Russland, einer im Nahen und Mittleren Osten; Unruhen in Afrika, ein nuklearer Krieg auf der koreanischen Halbinsel sowie ein grosser Krieg gegen China um Taiwan – und dies mitten in einem Wahlkampfjahr von seltener Erbitterung und Bedeutung.

Der sichtlich ältliche amerikanische Präsident ist in den Augen einer Mehrheit der Amerikaner gemäss mehreren Meinungsumfragen überfordert. Das wiederum erhöht Russlands Chance, dass Trump die Rückkehr ins Weisse Haus gelingt, den US-Kurs herumreisst und die US-Verteidigungspolitik unberechenbar macht. Ein Sieg Russlands über die Ukraine ist trotz der horrenden russischen Verluste eine reale Möglichkeit. Putin klammert sich an dieses Szenario. Dieses eröffnet Moskau gleichzeitig die Chance, den Westen zu spalten und Europa unter seinen politischen Einfluss zu zwingen. Nuklearwaffen, die Europa bedrohen, nehmen einen auffallend grossen Anteil an den russischen Rüstungsanstrengungen ein.

Die heutige geopolitische Lage hat viele Ursachen. Sie ist eine Versuchung für die autoritären Staaten, ihre Politik immer stärker zu koordinieren, den Druck auf Washington noch weiter zu erhöhen. Jeder der autoritären Akteure hat seine eigenen Zielsetzungen. Diese müssen nicht einmal auf Dauer kompatibel sein. Sie müssen aber im entscheidenden Moment der amerikanischen Wahlen koordiniert sein, um einen maximalen Druck auf die Biden-Administration auszuüben und sie die Wahl verlieren zu lassen.

Die USA sehen sich heute beängstigend leeren Waffenkammern gegenüber. Afghanistan hatte vor dem amerikanischen Rückzug Militärhilfe im Wert von

85 Milliarden Dollar erhalten. Dieses riesige Arsenal wurde von den Taliban erbeutet. Die Ukraine erhielt bisher ebenfalls rund 85 Milliarden Dollar Finanz- und Militärhilfe. Israel erhielt bisher zusätzliche Zusagen von Präsident Biden über 14 Milliarden, und Milliarden wird auch die engere Zusammenarbeit mit Südkorea und Japan verschlingen. Diese gewaltigen Summen kann, falls der Kongress Präsident Biden den Geldhahn zudreht, niemand sonst aufbringen. Es geht aber nicht um Geld allein. Die US-Rüstungsindustrie, die stärkste der Welt, tut sich schwer, mit der Nachfrage nach Rüstungsgütern Schritt zu halten. Dies betrifft nicht nur komplexe Waffensysteme, sondern auch Artilleriegranaten, Gewehrpatronen und Handgranaten.

Die US-Industrie hat nach Pearl Harbour ihre ausserordentliche Fähigkeit bewiesen, ihre Produktion hochzufahren. Sie wird auch mit der heutigen Krise fertig werden. Die amerikanische Rüstungsindustrie ist gleichzeitig auch dabei, den Vorsprung, den Russland und China im Bereich der Hyper-Gleiter erzielt hatten (deren Tests durch die beiden autoritären Staaten löste In Washington einen ähnlichen Schreck aus wie seinerzeit der Start des Sputniks). Mittlerweile haben «Patriot»-Raketen in der Ukraine mehrere Ultra-Gleiter abgeschossen, sind elektronische Störmassnahmen entwickelt worden und Laser in der Erprobungsphase, die der neuen Gefahr Herr werden sollen. Die amerikanischen Trägerverbände sind im Begriff, ihre Luftverteidigung wieder auf solidere Füsse gestellt zu erhalten.

Die mangelnde Bereitschaft des republikanisch kontrollierten Repräsentantenhauses, selbst in Fragen der nationalen Sicherheit eine Zusammenarbeit mit der Biden-Administration zu akzeptieren, bedeutet, dass die notwendigen Regierungsaufträge und Langzeit-Produktionsgarantien erst nach den Wahlen abgeschlossen werden können. Trump schmälert die US-Verteidigungsfähigkeit schon heute durch seinen Egoismus, seine Rachegelüste und seine Kompromisslosigkeit. Hillary Clinton hat daher mit ihrer Behauptung recht, dass eine Wiederwahl Trumps den USA irreparablen Schaden zufügen würde. Die Biden-Administration wird daher in der ihr verbleibenden Amtszeit besonders genau hinschauen, was ihre Partner und die anderen liberalen Demokratien tun. Das betrifft auch die Schweiz. Ihren Rüstungsanstrengungen kommt dieser Tage nicht nur eine militärische, sondern auch eine ganz erhebliche politische Bedeutung zu.

Heute sind die Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, noch das Produkt verschiedener Ursachen. Sie beeinflussen sich aber gegenseitig immer stärker. Es hängt vom Geschick der liberalen Demokratien ab, ob sie sich zu einem offenen Weltkrieg verdichten, oder ob sie Einzelherausforderungen bleiben.

Der Vergleich mit dem Vorabend des Zweiten Weltkrieges drängt sich auf. Konflikte pflasterten den Weg zum grossen Krieg: der spanische Bürgerkrieg, die Besetzung von Äthiopien und Indochina, der japanische Angriff auf China und die Mandschurei. Die Achsenmächte verfolgten dabei unterschiedliche Ziele und Strategien. Das Dritte Reich war darauf aus, sich Europa zu unterwerfen und der germanischen Rasse «Lebensraum» im Osten zu erobern. Wer nicht zur arischen Oberschicht gehörte, wurde als «Untermensch» betrachtet – und allzu oft ohne Skrupel systematisch ermordet. Es war eine in sich geschlossene Weltsicht, gepaart mit einer Repressions- und Vernichtungsmaschinerie, wie sie die Welt noch nie gesehen hatte, und die einem das pure Grauen lehrte. Mussolinis Italien träumte von der Wiederherstellung des römischen Reiches, kannte eine mildere Diktatur und war militärisch schwächer als Nazi-Deutschland. Japan wollte sich Lebensraum in China und der Mandschurei sichern und sich ganz Südostasien mit seinen reichen Bodenschätzen untertan machen. Die drei Visionen waren miteinander kompatibel, aber nicht das Produkt einer gemeinsamen, integrierten Strategie (so erklärte Japan der Sowjetunion nicht den Krieg und erlaubte so Stalin, 20 Divisionen aus dem Fernen Osten an die Westfront zu werfen, die Hitlers Vormarsch schliesslich in den Vororten von Moskau stoppten).

«Der Vergleich mit dem Vorabend des Zweiten Weltkrieges drängt sich auf. Konflikte pflasterten den Weg zum grossen Krieg: der spanische Bürgerkrieg, die Besetzung von Äthiopien und Indochina, der japanische Angriff auf China und die Mandschurei.»

Militärisch hatten die Achsenmächte einen jahrelangen Rüstungsvorsprung auf die Westmächte. Sie waren diesen materiell sowie im operativen Denken haushoch überlegen. Deutsche Panzerdivisionen stiessen in

Polen auf Kavallerie, die sie mit gezogenem Säbel zu stoppen versuchten. Sie zogen aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges Lehren, die sie zum «Blitzkrieg» gegen ihre Gegner ermöglichte. Die Angelsachsen hatten dem nichts entgegenzustellen. Sie hatten geschlafen. Grossbritannien entging nur knapp der Invasion – dank des Sieges der RAF in der Luftschlacht um England. Aber im Spätsommer 1940 stand es um die Demokratie so schlecht wie nie zuvor (oder danach). Es war Churchills Willenskraft und Amerikas Fähigkeit, zum Arsenal der freien Welt zu werden, die der Demokratie zum Sieg verhelfen und schliesslich auch den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion gewinnen liess. Entscheidend war, dass Hitlers Angriff auf die UdSSR den Demokratien Zeit verschaffte, aufzuholen. Wesentlich war ferner, dass die USA unter dem Einfluss Marshalls eine «Germany First»-Strategie verfolgten, die dem Niederkämpfen des gefährlichsten Gegners Priorität einräumte.

Eine sich formende Allianz der autoritären Staaten

Der Dritte Weltkrieg hat noch nicht begonnen, aber die autoritären Staaten sind heute offensichtlich dabei, ihre Aktionen miteinander zu harmonisieren und zu koordinieren. Das war nicht immer so. Der Aufbau der gewaltigen Vorräte an Raketen durch Hamas und Hisbollah war nicht von Russland geplant gewesen, sondern das Werk des Irans. Nordkorea hatte niemand zu einem gefährlichen Spiel mit dem Feuer antreiben müssen. Aber es wird erst jetzt als Verbündeter behandelt. Die amerikanischen Wahlen bieten Moskau eine einmalige Chance, den amerikanischen Gegenspieler in einem quasi-Bürgerkrieg versinken zu lassen. Die Demokratie ist in den USA in realer Gefahr, von einem megalomanen und rachsüchtigen ehemaligen Präsidenten aus den Angeln gehoben zu werden. Das ermutigt den sich bildenden autoritären Block, noch schneller zusammenzurücken. Zum ersten Mal könnten die Vereinigten Staaten den Kürzeren ziehen. Die Folgen für Europa wären gravierend.

«Zum ersten Mal könnten die Vereinigten Staaten den Kürzeren ziehen. Die Folgen für Europa wären gravierend.»

Autoritäre Freunde – oder doch nicht?

Die Partnerschaft zwischen den autoritären Staaten (allen voran Russland und China) ist daher enger geworden. Aber China gehörte nicht zu den Staaten, die Putins Aggression vorbehaltlos unterstützten. Eine Eskalation auf die nukleare Stufe lehnte es entschieden ab. Offiziell respektiert es die westlichen Sanktionen. Der Ukrainekrieg liess den Westen aus seinen Tagträumen erwachen. Das betrifft auch das Verhältnis zu China, dem der Westen sehr viel skeptischer gegenübersteht als vor Putins militärischem Angriff gegen die Ukraine. Xi Jinping hat umgekehrt aber Russland auch nicht dazu gezwungen, seinen Krieg abubrechen. Vielmehr hat er die Zusammenarbeit mit Putins Russland Schritt für Schritt ausgebaut. Gleichzeitig hat er keinen Zweifel daran gelassen, wer in dieser Beziehung das Sagen hat. Mit dem Shanghaier Kooperationsforum hat er ein Gegenstück zur UNO geschaffen, dessen Attraktivität für den «Globalen Süden» steigt. China liefert Material für Drohnen und anderes Kriegsgerät, das die in schnellem Ausbau befindliche russische Rüstungsindustrie in immer grösseren Stückzahlen herstellt. China sucht auch mit seinen Partnern, die dominante Stellung des Dollars in der Weltwirtschaft aufzuweichen. Kurzum: Xi hat Putins desaströsen Entscheid zugunsten einer direkten Konfrontation mit dem Westen mit spitzen Fingern aufgehoben und auf Vor- und Nachteile untersucht, um ihn schliesslich in seine Politik einzubinden.

Diese Partnerschaft wird von den beiden Ländern zudem systematisch auf andere Staaten ausgedehnt. Die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), eine Bezeichnung, die Jim O'Neill, Analyst von Goldman Sachs, schuf (also nicht einmal von den Mitgliedern stammt), begannen sich zuerst tatsächlich zu treffen und so zu verhalten, als ob sie gemeinsame Interessen hätten. In Wirklichkeit haben sie wenig gemein. Sibirien ist viel zu gross und Chinas Bevölkerung viel zu zahlreich, als dass die Beziehungen zwischen den beiden Staaten spannungsfrei sein könnten. Beijing hat im August 2023 einen offiziellen Atlas herausgegeben, der rund 100 km² russischen Territoriums (und eine ganze indische Provinz) zu China geschlagen hat. Indien und China sind einander spinnefeind, bewaffnete Zwischenfälle entlang der Himalaya-Grenze häufig. Brasilien geht ohnehin seine eigenen Wege. Alle haben aber erkannt, dass mit der Blockierung der UNO das Shanghaier Gremium eine willkommene Gelegenheit bietet um «to sit at the head table». Der Rat

stellt insbesondere eine Alternative zu den von den USA beherrschten G7 und G20 dar, und ist somit ein Schritt zu einer multipolareren Welt. Der «Globale Süden» sieht in diesem Engagement sowohl ein Instrument, um von der Biden-Administration stärker umworben zu werden, als auch eine Rückversicherung für eine allfällige zweite Trump-Administration und den von ihr zu erwartenden wilden politischen Bocksprüngen. Grosse Teile der Welt versuchen den schwierigen Spagat, mit China ein Maximum an Handel zu treiben und von den USA ein Maximum an Schutz zu gesichert zu erhalten.

Putins Weigerung, das Scheitern seines Angriffs auf die Ukraine einzugestehen, die Russland schweren Schaden zufügt und deren Konsequenzen letztlich noch immer nicht völlig abgeschätzt werden können, hat dazu geführt, dass ein Prozess der Lagerbildung eingeleitet wurde. Die Bande zwischen China und Russland wurden enger (wobei China klar am längeren Hebelarm sitzt); ebenso jene zwischen Russland und dem Iran. Stand Russland einer iranischen Atom-bombe noch vor wenigen Jahren ablehnend gegenüber, so hat sich heute ihr Verhältnis zunehmend zu einer quasi-Allianz entwickelt. Der Iran kann heute seine Bombe unter einem wachsenden russischen Schutzschirm vollenden. Diese droht den Nahen und Mittleren Osten fundamental zu verändern und zu zerrütten.

Nach dem BRICS-Gipfel vom September 2023 in Südafrika, wuchs das Echo, das BRICS und Shanghaier «Kooperationsrat» im «Globalen Süden» auslösten. Beide Foren sind dabei, ihre Mitgliederzahl in etwa zu verdoppeln. Iran ist die wichtigste Erweiterung des Rates; Saudi-Arabien und Ägypten sind die wichtigsten Neuzugänge bei BRICS.

Dies schwächt die UNO weiter – und relativiert so gleichzeitig etwas die Verurteilung Russlands durch die Vollversammlung (141 Staaten verurteilten Russland, 5 lehnten dies ab und 35 enthielten sich der Stimme). 2024 dürfte die Verurteilung Russlands schwächer ausfallen. Die Missstimmung gegenüber dem Westen

hat im «Globalen Süden» stetig zugenommen. Sie erreichte den Punkt, an dem Frankreichs militärische Präsenz in Westafrika nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Auch die USA reduzierten ihre militärische Präsenz. Die Demokratie verlor deutlich an Boden. Putschs wurden wieder salonfähig. Diese Hinwendung Richtung Russland und China wurde durch den Krieg zwischen Hamas und Israel weiter verstärkt. Die unglaubliche Brutalität des Hamas-Angriffs wurde übertüncht durch die Bilder der israelischen Reaktion. Die Resolution der UNO-Vollversammlung verurteilte denn auch mit keinem Wort die dem Völkerrecht spottenden Verbrechen der Palästinenser, sondern rief nur zu einer Waffenruhe auf, um humanitäre Unterstützung für den Gaza-Streifen zu ermöglichen.

Die Annäherung, die China zwischen Saudi-Arabien und dem Iran zuwege gebracht hat, ist eine andere Beziehung, die kaum sehr tief gehen oder sehr lange andauern dürfte. Die Feindschaft zwischen Schiiten und Sunniten ist viel zu fundamental. Und ob Saudi-Arabien grosse Freude an einer iranischen Atombombe hätte, darf zu Recht bezweifelt werden. Die Saudis, die von den USA lange geschnitten wurden und deren Wirtschaft stot-

tert, dürften sich vom Flirt mit China wirtschaftliche Vorteile erhoffen. Selbst Russland dürfte hier, wenn es wieder zur Vernunft kommt, grosse Vorbehalte haben. Schliesslich kann keiner der autoritären Staaten und den ihnen zugewandten Ländern Interesse an einem Weltkrieg haben. In einem solchen Konflikt könnten nur Russland und China auf eine militärische Chance hoffen, aber nur zu einem furchterlichen Preis. Ein Nuklearkrieg kennt keine Sieger, könnte das Ende der Menschheit bedeuten. Es ist zu bezweifeln, dass irgend ein Politiker nicht vor diesem Schritt zurückschreckt. Eine Ausnahme mag der geistig nicht geerdete Diktator Nordkoreas sein. Aber seine Vorsicht und seine Phobien dürften ihn ohne Anfeuerung von aussen nicht alleine handeln lassen. Die Frage, wie man Nordkorea nuklear entwaffnen kann, wird eine der grossen Fragen des nächsten Jahrzehnts sein. Wenn hier nicht rasch eine Lösung gefunden wird, dürfte auch Japan sich mit Nuklearwaffen ausrüsten.

«Der Iran kann heute seine Bombe unter einem wachsenden russischen Schutzschirm vollenden. Diese droht den Nahen und Mittleren Osten fundamental zu verändern und zu zerrütten.»

Fazit

Wir steuern nicht unaufhaltsam auf einen grossen Krieg zu. Ein solcher würde in niemandes Interesse liegen. Putins Rhetorik in der Frage der Nuklearwaffen kontrastiert scharf mit der Realität. China ist traditionell gegen den Einsatz von Kernwaffen und dies gilt auch im Ukrainekrieg. Das nukleare Tabu ist sehr stark. Putins Aufkündigung aller nuklearen Rüstungskontrollabkommen mag dies mit der Zeit ändern. Der Iran ist ein unsicherer Kantonist, sollte ihm die Entwicklung von Kernwaffen gelingen. Israel wird aber nie einen nuklear bewaffneten Iran hinnehmen – schon gar nicht nach der Erfahrung des brutalen Hamas-Angriffs. Hier liegt schon kurzfristig erhebliches Konfliktpotential.

Die Gretchenfrage ist das Gleichgewicht auf der konventionellen Ebene. Auf diesem Niveau ist die Politik der Zurückhaltung verschwunden. Es werden heute immer mehr Konflikte ausgetragen, die Gefahr einer Eskalation zu einer direkten militärischen Konfrontation zwischen den Grossmächten ist klar gegeben. Hier kommt in den nächsten Jahren Europa eine Schlüsselrolle zu. Es kann nicht einfach darauf zählen, dass die Vereinigten Staaten die Sache schon richten werden. Es muss vielmehr in der Lage und willens sein, eine Niederlage der Ukraine zu verhindern und Russland die Stirn zu bieten. Das wird nicht einfach sein. Es ist nicht nur eine militärische Herausforderung, sondern bedarf auch einer gemeinsamen Wertegemeinschaft. In diesem Kontext kommt dem Verhalten der Schweiz Gewicht zu. Wir müssen unsere Verteidigungsfähigkeit schnell und massiv stärken. Wir müssen von Rosinenpickern wieder zu einem verlässlichen und geachteten Partner werden. Wir können nicht länger Trittbrettfahrer der NATO sein, sondern müssen selbst etwas leisten. There is no longer a free ride! ♦

«Wir müssen von Rosinenpickern wieder zu einem verlässlichen und geachteten Partner werden. Wir können nicht länger Trittbrettfahrer der NATO sein, sondern müssen selbst etwas leisten.»

Endnoten

1 LIT-Verlag; Münster, Berlin, Zürich, Wien, London, New York; ISBN 978-3-643-80339-9; Oktober 2023; 258 Seiten